

Staatsanzeiger für



das Land Lippe

Erscheint regelmäßig am Mittwoch
und Sonnabend.

Einrückungsgebühr 4,00 Mk. für die
gespaltene Zeile.

Nr. 67

Mittwoch, den 9. August

1922

Inhalt: Ernennung des Regierungsoberlandmessers Witzky zum Regierungsrat. S. 381. —
Schließung der Sammellisten für die Landesbibliothek. S. 381. — Deutsche Arzneitage 1922.
S. 381. — Änderung der Eber-, Bullen- und Hengstförordnung S. 381/82. — Handelszulassungs-
stellen Detmold und Lemgo. S. 382. — Konfurs Pfingner, Detmold. S. 383. — Getreideumlage
im Verwaltungsamtsbezirk Schötmar. S. 384.

Das Landespräsidium hat genehmigt, daß
dem am 5. Juli 1908 geborenen Sohne Simon
des Härters Simon Vambrecht in Hamm i. W.
die Vornamen „Walter Simon“ beigelegt werden.

Detmold, den 2. August 1922.

Nr. 7325. Lippisches Landespräsidium

Der Regierungsoberlandmesser Witzky in
Detmold ist mit Wirkung vom 1. Juni d. J.
zum Leiter der Katasterverwaltung mit der Amts-
bezeichnung „Regierungs- und Steuerrat“ ernannt
worden.

Detmold, den 4. August 1922.

Nr. 6407. Lippisches Landespräsidium

Die Verwaltungsämter, Magistrate, Orts-
gemeinden, Schulgemeinden und Pfarrämter, denen
Sammellisten zum Wiederaufbau der durch den
Brand beschädigten Landesbibliothek von uns zu-
gestellt waren, werden ersucht, ihre Sammlungen
abzuschließen und ihre Listen, auch wenn die
Sammlungen keinen Erfolg hatten, innerhalb 14
Tagen uns zurückzugeben.

Detmold, den 22. Juli 1922.

Nr. 14396. Lippische Regierung

Eine Neuauflage der Deutschen Arzneitage
1922 ist unter der Bezeichnung:

„Deutsche Arzneitage 1922

2. abgeänderte Ausgabe

„Amtliche Ausgabe“

erschienen und wird vom 7. August 1922 ab in
Kraft gesetzt.

Detmold, den 7. August 1922.

Nr. 15105. M Nr. 4364. Lippische Regierung

§ 3 Absatz 2 Satz 5 der Eberfürordnung
vom 10. August 1921 (Staatsanzeiger Nr. 64
S. 418) wird mit Zustimmung des Landes-
präsidiums abgeändert, wie folgt:

„Sie haben Anspruch auf Tagegelder in der
den Staatsbeamten der Stufe III des jeweilig
gültigen Reisekostengesetzes zustehenden Höhe und
auf Ersatz angemessener Barauslagen an Reise-
kosten“.

Die Abänderung tritt mit Wirkung vom
1. August d. J. ab in Kraft.

Detmold, den 4. August 1922.

Nr. 15304. Lippische Regierung

§ 3 Absatz 2 Satz 6 der Bullenfürordnung
vom 30. 6. 1921 (Staatsanzeiger Nr. 52 S. 348)
wird mit Zustimmung des Landespräsidiums ab-
geändert, wie folgt:



„Sie haben Anspruch auf Tagegelber in der den Staatsbeamten der Stufe III des jeweilig gültigen Reisekostengesetzes zustehenden Höhe und auf Ersatz angemessener Barauslagen an Reisekosten“.

Die Abänderung tritt mit Wirkung vom 1. 8. 1922 ab in Kraft.

Detmold, den 4. August 1922.

Nr. 15305.

Sippische Regierung

B Ziffer 3 Absatz 3 Satz 2 der Hengstförderordnung vom 8. März 1921 (Ges. Sammlung Nr. 14 S. 430) wird mit Zustimmung des Landespräsidiums abgeändert, wie folgt:

„Sie haben Anspruch auf Tagegelber in der den Staatsbeamten der Stufe III des jeweilig gültigen Reisekostengesetzes zustehenden Höhe und auf Ersatz angemessener Barauslagen an Reisekosten aus der Staatskasse“.

Die Abänderung tritt mit Wirkung vom 1. 8. 22 ab in Kraft.

Detmold, den 4. August 1922.

Nr. 15306.

Sippische Regierung

Die nach § 1 der Ausführungsbestimmungen vom 20. Juli 1922 (Staatsanzeiger-Beilage zu Nr. 63) zu der Reichsverordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln vom 24. Juni 1916 mit den späteren Änderungen und Ergänzungen neu errichteten Handelszulassungsstellen setzen sich wie folgt zusammen:

I. Handelszulassungsstelle Detmold.

1. Oberbürgermeister Dr. Peters als Vorsitzender,
2. Bürgermeister Reikel als stellv. Vorsitzender,
3. Händler Friß Wortmann, Sylbach, als Beisitzer aus den Kreisen des Handels,
4. Kaufmann Ernst Uvenhaus, Detmold, als Beisitzer aus den Kreisen des Handels,
5. Gutsbesitzer Windmeyer, Nienhagen b. Lage, als Beisitzer aus den Kreisen d. Landwirtschaft,
6. Gutsbesitzer Meyer, Eichholz b. Detmold, als Beisitzer aus den Kreisen der Landwirtschaft,

7. Lagerhalter Heinrich Dießelmann, Detmold, als Beisitzer aus den Kreisen der Verbraucher,
8. Gewerkschaftssekretär Heinrich Gottenströter, Detmold, als Beisitzer aus den Kreisen der Verbraucher.

II. Handelszulassungsstelle Lemgo.

1. Bürgermeister Floret als Vorsitzender,
2. Direktor Dr. Ackermann, Lemgo, als stellv. Vorsitzender,
3. Bankier Max Venzberg, Lemgo, als Beisitzer aus den Kreisen des Handels,
4. Kaufmann Wilh. Tintelnot, Lemgo, als Beisitzer aus den Kreisen des Handels,
5. Gutsbesitzer Frevert, Rieperturm b. Lemgo, als Beisitzer aus den Kreisen der Landwirtschaft,
6. Gutsbesitzer Reese, Entrup, als Beisitzer aus den Kreisen der Landwirtschaft,
7. Tischler Emil Franke, Lemgo, Dyingstr. als Beisitzer aus den Kreisen der Verbraucher,
8. Backmeister Heinrich Däffelmeier, Lemgo, Ehternstr. 8, als Beisitzer aus den Kreisen der Verbraucher.

Die Handelszulassungsstellen entscheiden unter Leitung des Vorsitzenden bzw. des stellv. Vorsitzenden in Anwesenheit von je einem Beisitzer aus den Kreisen des Handels, der Landwirtschaft und der Verbraucher.

Als Kartoffelhandelsausschuß (§ 11 der vorgenannten Ausführungsbestimmungen) wird der auf Grund von Ziffer 6 der Ausführungsanweisung des Landespräsidiums vom 8. Dezember 1921 (Staatsanzeiger S. 668) gebildete Ausschuß (vergl. Bekanntmachung vom 6. Januar 1922, Staatsanzeiger S. 24) übernommen. Dieser besteht aus folgenden Mitgliedern:

1. Händler Friß Wortmann, Sylbach, aus den Kreisen des Kartoffelhandels, Stellvertreter: Händler Hermann Holtthöfer, Lage, aus den Kreisen des Kartoffelhandels,
2. Gutsbesitzer Windmeyer, Nienhagen, aus den Kreisen der Landwirtschaft, Stellvertreter: Gutsbesitzer Schönlau, Remmighausen, aus den Kreisen der Landwirtschaft,

3. Lagerhalter Biehlmann, Detmold, aus den Kreisen der Verbraucher, Stellvertreter: Rentner Geisler, Detmold, Wallgrabenstr. 14, aus den Kreisen der Verbraucher.

Der Kartoffelhandelsausschuß tagt unter der Leitung des Landeswirtschaftsamts.

Detmold, den 1. August 1922.

Landeswirtschaftsamt (Landesgetreidestelle)

Cordes

Über das Vermögen der Firma Bruno Pfitzner in Detmold wird heute am 4. August 1922, vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Ernst Brodmann in Detmold wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1922 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung

eines Gläubigerausschusses und eintretenden falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, auf den

1. September 1922, vormittags 10 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 9. Oktober 1922, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. September 1922 Anzeige zu machen.

Detmold, den 4. August 1922.

N 2/22.

Bippisches Amtsgericht

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Landespräsidiums vom 11. Juli 1922, betr. die Verteilung der Getreideumlage 1922 (Staatsanzeiger Nr. 60) wird die für den Verteilungsbezirk Schötmar festgesetzte Getreideumlage in Höhe von 23734 Zentnern wie folgt auf die einzelnen Stadt- und Dorfgemeinden verteilt:

Name der Stadt- bzw. Dorfgemeinde	zu berücksichtigende Getreideanbaufläche	aufgelegtes Viehsoll
Oberwüsten	210,83 ha	1390 Str.
Untewüsten	314,13 "	2279 "
Bad Salzuflen	37,07 "	236 "
Biemsen: Ahmsen	140,57 "	1208 "
Ehresen: Breden	139,50 "	1084 "
Grasstrup: Hölzen	214,94 "	1641 "
Holzhausen	188,77 "	1245 "
Rigen: Papenhausen	213,51 "	1630 "
Schötmar	55,34 "	366 "
Wälfen: Bergen	132,91 "	1002 "
Berterhagen	58,30 "	402 "
Nienhagen	76,34 "	511 "
Lochhausen	227,70 "	1951 "
Berl: Aspe	90,24 "	651 "
Senne	45,80 "	190 "
Derlinghausen	6,48 "	21 "
Asemissen	111,61 "	893 "
Währentrup	121,87 "	929 "
Wellentrup	102,41 "	790 "
Nackenbruch	49,39 "	360 "
Leopoldshöhe	20,01 "	158 "
Krentrup	72,20 "	553 "
Schudenbaum	177,83 "	1650 "
Grefte	197,10 "	1585 "
Bichterdiffen	129,15 "	1009 "
	zusammen	23734 Str.

Schötmar, den 7. August 1922.

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses
für den Verteilungsbezirk Schötmar
Nr. 5483. Krieger, Landrat

(Aus dem Reichs-Gesetzbl. I Nr. 50 S. 549)

Gesetz

über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Vom 4. Juli 1922.

Auf Grund des Artikels II des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Reichs-Gesetzbl. I S. 537) wird der Wortlaut des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide, wie er sich aus Artikel I des genannten Gesetzes und unter Berücksichtigung der durch das Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsgebiets der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen vom 21. Dezember 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 1604) eingetretenen Änderungen ergibt, nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, den 4. Juli 1922.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft
Fehr

Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922.

Uebersicht über die Abschnitte

- I. Umlage (§§ 1 bis 6)
- II. Reichsgetreidestelle (§§ 7 bis 12)
- III. Aufbringung der Umlage (§§ 13 bis 30)
- IV. Verbrauchsregelung (§§ 31 bis 42)
- V. Schlußvorschriften (§§ 43 bis 53).

Umlage

§ 1

Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung (§ 31 Abs. 2, 3) sind im Wirtschaftsjahre 1922/23 aus dem Inland $2\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen. Die Umlage ist zu einem Drittel bis zum 31. Oktober 1922, zu einem weiteren Drittel bis zum 15. Januar 1923 und mit dem letzten Drittel bis zum 28. Februar 1923 an die Reichsgetreidestelle zu liefern.

§ 2

Die aufzubringende Menge wird auf die Länder nach dem Verhältnis ihrer Ernteerträge an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1921 verteilt. Dabei ist der Verschiedenheit der Betriebsgrößen und der Zahl der Selbstversorger in den Ländern in der Weise Rechnung zu tragen, daß die Länder mit viel Kleinbesitz geringer belastet werden.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft setzt nach Anhörung des Ausschusses des Reichsrats für Volkswirtschaft die Mengen fest, die hiernach auf die einzelnen Länder entfallen. Er ist ermächtigt, für Gegenden mit Mißernten diese Mengen entsprechend herabzusetzen.

§ 3

Die Umlage ist innerhalb der Länder nach den Grundsätzen des § 2 auf die Kommunalverbände unterzuverteilen; bei der Verteilung sollen die Ernteergebnisse des Jahres 1922 berücksichtigt werden. Die obersten Landesbehörden setzen die Höhe der Lieferpflicht jedes einzelnen Kommunalverbandes (Umlagesoll) selbst oder durch die von ihnen bestimmten Vermittlungsstellen bis zum 15. Juli 1922 fest. Sie haben bei der Verteilung auf die Vermittlungsstellen und die Kommunalverbände die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft zuzuziehen; das gleiche gilt für die Vermittlungsstellen und Kommunalverbände.

Die im Abs. 1 bezeichneten Stellen können zum Ausgleich von Ausfällen insgesamt bis zu fünfzehn vom Hundert mehr unterverteilen, als nach § 2 auf das Land entfällt; sie können von den Grundsätzen des § 2 abweichen, insbesondere auch die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche ganz oder zum Teil der Verteilung zugrunde legen.

§ 4

Die Kommunalverbände haben ihr Umlagesoll nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe (Erzeuger) zu verteilen; im ersteren Falle haben die Gemeinden ihr Soll auf die Erzeuger zu verteilen. Bei Festsetzung des Lieferolls

der einzelnen Erzeuger ist den Unterschieden der Lieferfähigkeit, wie sie sich insbesondere aus der Größe der Betriebe, den Bodenverhältnissen, der Zahl der in dem Betriebe vorhandenen Selbstversorger, Mitenteiler und Deputanten, dem Ernteergebnis des Jahres 1922 oder sonst aus den Verhältnissen der Betriebe ergeben, Rechnung zu tragen. Erfolgt die Unterverteilung nach der Getreideanbaufläche, so dürfen Flächen von nicht mehr als zwei Hektar, sofern sie zu Betrieben unter zehn Hektar gehören, erfolgt sie nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche, so dürfen Betriebe von nicht mehr als fünf Hektar mit einem Lieferzoll nicht belastet werden. Neue Ansiedlungen, die von gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften im Sinne des Gesetzes vom 11. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1429) in den Jahren 1921 und 1922 errichtet worden sind, sind von der Umlage freizustellen.

Bei der Verteilung haben die Kommunalverbände und die Gemeinden einen Ausschuss der Erzeuger zuzuziehen, der nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde zu bilden ist. Bei der Zusammensetzung des Ausschusses ist auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Betriebsgrößen Rücksicht zu nehmen. Das Lieferzoll der einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke des Kommunalverbandes ist acht Tage vor seiner endgültigen Festsetzung unter Angabe der Getreideanbaufläche oder der landwirtschaftlich genutzten Fläche der einzelnen Gemeinde- bzw. Gutsbezirke öffentlich bekanntzumachen.

Vor Festsetzung des Lieferzolls der Erzeuger soll in den Gemeinden eine Liste, welche die Namen der Erzeuger, die Größe der Anbaufläche ihres Betriebs und das vorgesehene Lieferzoll enthält, nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung während einer Woche öffentlich ausgelegt werden. Das Lieferzoll soll den Erzeugern bis zum 15. August 1922 bekanntgegeben werden.

Zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Festsetzung des Lieferzolls sind nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde Ausschüsse zu bilden, die von den Kommunalvertretungen bzw. Gemeindevertretungen gewählt werden und in denen Erzeuger und Verbraucher zuzuziehen sind. In diesen Ausschüssen sollen die Erzeuger unter Berücksichtigung der verschiedenen Betriebsgrößen angemessene Vertretung finden. Personen, die dem nach Abs. 2 gebildeten Ausschuss angehören, sollen nicht Mitglieder des Beschwerdeausschusses sein. Die Entscheidungen dieser Ausschüsse sind endgültig.

Ergibt sich nach Festsetzung des Lieferzolls, insbesondere nach Entscheidung über die Beschwerden durch die Ausschüsse, ein Fehlbetrag am Umlagesoll des Kommunalverbandes oder der Gemeinde, so ist dieser innerhalb des Kommunalverbandes oder der Gemeinde anderweit unterzuverteilen.

§ 5

Die obersten Landesbehörden können zur Durchführung der Unterverteilung nachfolgendes anordnen. Die Erzeuger sind verpflichtet,

den obersten Landesbehörden und den von ihnen bestimmten Stellen auf Erfordern Auskunft über alle Umstände zu erteilen, die für die Beurteilung ihrer Lieferfähigkeit von Bedeutung sind. Macht ein Erzeuger hierbei keine oder unrichtige Angaben, so kann der Kommunalverband ohne Rücksicht auf seine eigene Lieferpflicht das Lieferjoll dieses Erzeugers nachträglich berichtigen.

§ 6

Die obersten Landesbehörden haben die nach den §§ 3 bis 5 getroffenen Bestimmungen und das für jeden Kommunalverband festgesetzte Umlagejoll der Reichsgetreidestelle bis zum 31. Juli 1922 mitzuteilen und ihr auf Erfordern weitere Auskünfte zu erteilen.

II. Reichsgetreidestelle

§ 7

Die Reichsgetreidestelle hat die Aufgabe, für die Verteilung des Getreides zur Deckung des planmäßigen Brotbedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung bis zum 15. August 1923 zu sorgen.

Sie untersteht der Aufsicht des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 8

Die Reichsgetreidestelle besteht aus einer Verwaltungsabteilung und einer Geschäftsabteilung.

Die Verwaltungsabteilung hat die Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen; die Geschäftsabteilung hat nach den grundsätzlichen Anweisungen der Verwaltungsabteilung die geschäftlichen Aufgaben durchzuführen.

§ 9

Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde. Sie besteht aus einem Direktorium und einem Kuratorium.

Das Direktorium besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und ständigen und nichtständigen Mitgliedern. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernennt den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder, und zwar unter den ständigen Mitgliedern einen Landwirt.

Das Kuratorium besteht aus dem Vorsitzenden des Direktoriums als Vorsitzenden und vierzehn Bevollmächtigten zum Reichsrat, nämlich aus vier Bevollmächtigten Preußens, zwei Bevollmächtigten Bayerns, je einem Bevollmächtigten von Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt sowie

einem hanseatischen Bevollmächtigten. Außerdem gehören ihm je ein Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Deutschen Industrie- und Handelstags, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes und des Deutschen Beamtenbundes, des Deutschen Städtetags, des Bäckerhandwerkes und der liefernden Landkreise, ferner je vier Vertreter der Landwirtschaft, von Handel und Industrie und der Verbraucher an; der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernennt diese Vertreter und den Stellvertreter des Vorsitzenden.

§ 10

Das Direktorium hat mit Zustimmung des Kuratoriums insbesondere festzusetzen,

- a) welche Mehlmenge täglich auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung verteilt werden soll;
- b) welche Rücklage aufzusammeln ist;
- c) zu welchem Satze das Getreide der Reichsgetreidestelle und das von ihr Kommunalverbänden zugewiesene Getreide auszumahlen ist;
- d) wieviel Getreide oder Mehl jedem Kommunalverbände für seine versorgungsberechtigte Bevölkerung zusteht (Bedarfsanteil); der Bedarfsanteil kann auch vorläufig festgesetzt werden.

Die Festsetzungen zu a, b und c bedürfen der Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Das Direktorium kann Bestimmungen über die Aufbewahrung der Vorräte erlassen.

§ 11

Die Geschäftsabteilung ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat; er besteht aus dem Vorsitzenden des Direktoriums als Vorsitzendem und achtunddreißig ordentlichen Mitgliedern, von denen sieben auf Reich und Länder, sieben auf die Landwirtschaft, drei auf die großgewerblichen Unternehmungen, sieben auf die Städte, vier auf die liefernden Landkreise, eines auf das Bäckerkleingewerbe, das von dem Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen „Germania“ bestimmt wird, drei auf die organisierten Verbraucher und sechs auf die Arbeitnehmer entfallen, von denen zwei Mitglieder bestimmt werden vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und je ein Mitglied vom Allgemeinen Freien Angestelltenbunde, dem Deutschen Beamtenbunde, dem Gewerkschaftsring und vom Deutschen Gewerkschaftsbunde. Die sieben Vertreter der Städte und die drei Vertreter der großgewerblichen Unternehmungen werden von den entsprechenden Gruppen der Gesellschafter bezeichnet; von den drei Vertretern der organisierten Verbraucher werden zwei vom Zentralverbände der Konsumvereine und einer vom Reichsverbände der Deutschen Konsumvereine bestimmt; die übrigen Mitglieder ernennt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Aufsichtsrat bestellt die Geschäftsführer, darunter einen Landwirt; die Bestellung bedarf der Bestätigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann gegen Beschlüsse des Aufsichtsrats Einspruch erheben. Wird Einspruch erhoben, so hat die Ausführung des Beschlusses zu unterbleiben. Die Angelegenheit ist erneut zur Beschlussfassung vor den Aufsichtsrat zu bringen. Kommt ein zweiter Beschluß des Aufsichtsrats nicht zustande oder wird auch gegen den zweiten Beschluß Einspruch erhoben, so tritt an Stelle des Beschlusses des Aufsichtsrats die Entscheidung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 12

Die Geschäftsabteilung hat alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Rechtsgeschäfte vorzunehmen; sie hat insbesondere

- a) für den Erwerb sowie für rechtzeitige Abnahme, Bezahlung und Unterbringung des an sie abzuliefernden Getreides zu sorgen,
- b) den Kommunalverbänden das erforderliche Getreide oder Mehl rechtzeitig zu liefern,
- c) für die ordnungsmäßige Verwaltung ihrer Bestände zu sorgen.

III. Aufbringung der Umlage

§ 13

Die Umlage kann durch Lieferung von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelz, — Dinkel, Fesen —, Emmer und Einkorn), Gerste oder Hafer erfüllt werden; Lieferungen von Hafer, soweit es sich nicht um selbstgebauten Hafer aus Höhenlagen über 400 Meter handelt, werden nur zu drei Fünfteln auf die Umlage angerechnet. Nach näherer Bestimmung der Reichsgetreidestelle kann auch Gemenge, das lediglich aus Brotgetreide und Gerste besteht, geliefert werden.

§ 14

Die Kommunalverbände haben die ihrem Umlagesoll entsprechenden Getreidemengen in den ihnen von den Erzeugern gelieferten Getreidearten, vorbehaltlich der Vorschrift im § 32 Abs. 3, an die Reichsgetreidestelle nach deren Geschäftsbedingungen zu liefern. Die Reichsgetreidestelle kann den Austausch von Umlagegetreide zwischen Kommunalverbänden zulassen.

Die Kommunalverbände haben die Umlagemenge innerhalb der Fristen des § 1 zu liefern. Die Reichsgetreidestelle kann bei Vorliegen besonderer Umstände diese Fristen bis zu einem Monat verlängern. Sie ist zur Abnahme der ihr zur Verfügung gestellten Umlagemengen binnen zweier Wochen verpflichtet.

§ 15

Die Kommunalverbände haben eine kaufmännisch eingerichtete Geschäftsstelle zu unterhalten und durch diese das Getreide von den Erzeugern für eigene Rechnung zu den nach § 50 festzusetzenden Preisen zu erwerben. An der Ausbringung des Getreides sollen außer Händlern, Unternehmern von Mühlenbetrieben, Mühlenvereinigungen und landwirtschaftlichen Genossenschaften Berufskreise und Organisationen anderer Art nicht beteiligt werden.

Die Kommunalverbände haben den Erzeugern Lieferfristen unter Berücksichtigung der Fristen des § 1 zu setzen und alle sonstigen zur Ausbringung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 16

Die Kommunalverbände können zur Durchführung ihrer Aufgaben die in ihrem Bezirke vorhandenen landwirtschaftlichen Maschinen, Geräte und Betriebsmittel aller Art in Anspruch nehmen; dabei ist angemessene Rücksicht auf die Betriebsführung der Betriebe zu nehmen, aus welchen die Maschinen entnommen werden sollen. Sie können ferner in ihrem Bezirk und mit Genehmigung der obersten Landesbehörden auch außerhalb ihres Bezirkes Lagerräume für die Lagerung von Getreide und daraus hergestellten Erzeugnissen in Anspruch nehmen, soweit diese nicht bereits von der Reichsgetreidestelle in Anspruch genommen worden sind. Für die Inanspruchnahme ist eine angemessene Vergütung zu gewähren.

§ 17

Die Erzeuger haben ihr Lieferloß innerhalb der nach § 15 Abs. 2 zu bestimmenden Fristen an die Kommunalverbände käuflich zu liefern; die Kommunalverbände setzen die näheren Bedingungen fest.

Zur Lieferung verpflichtet ist, wer Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs zur Zeit des Ablaufs der nach § 15 Abs. 2 bestimmten Frist ist.

§ 18

Die Erzeuger haften den Kommunalverbänden für die rechtzeitige Erfüllung des Lieferloßs. Sie haben für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide Ersatz nach Maßgabe des § 26 zu leisten. Der Kommunalverband setzt die Höhe der Ersatzleistung nach Maßgabe des § 26 fest.

Die nach Abs. 1 geschuldeten Beträge sind binnen zweier Wochen nach Empfang der Zahlungsaufforderung fällig. Gegen die Festsetzung kann binnen zweier Wochen Beschwerde eingelegt werden; doch hat die Beschwerde keine aufschiebende Wirkung.

Die Beitreibung der Geldbeträge erfolgt nach den von den obersten Landesbehörden zu erlassenden Bestimmungen.

§ 19

Die Haftung nach § 18 erlischt

1. soweit der Kommunalverband eine verspätete Lieferung annimmt; er ist zur Annahme verpflichtet, soweit die Erzeuger nachweisen, daß sie das Lieferfoll infolge unabwendbarer Ereignisse, die nach Festsetzung des Lieferfolls eingetreten sind, nicht rechtzeitig erfüllen konnten;
2. soweit der Kommunalverband das Lieferfoll im Wege der Enteignung (§ 22) tatsächlich erhält;
3. soweit die Erzeuger nachweisen, daß sie das Lieferfoll infolge unabwendbarer, bei der Unterverteilung nicht bereits berücksichtigter Ereignisse nicht erfüllen können.

§ 20

Soweit ein Erzeuger nachweist, daß er unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Originalsaatgut abliefern mußte, um sein Lieferfoll zu erfüllen, kann er sich von der Verpflichtung zur Lieferung durch Zahlung eines Betrags befreien, dessen Höhe der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestimmt.

Die Kommunalverbände haben die ihnen nach Abs. 1 zufließenden Beträge an die Reichsgetreidestelle abzuführen.

§ 21

Originalsaatgut im Sinne des § 20 ist nur das Saatgut solcher Züchtungen, die unter Bezeichnung des anbauenden Züchters, der Fruchtart und der Größe der Anbaufläche in einem von der Reichsgetreidestelle im Deutschen Reichsanzeiger zu veröffentlichenden Verzeichnis aufgeführt sind. Saatgut von Vermehrungsstellen ist nur dann Originalsaatgut, wenn die Vermehrungsstellen in dem Verzeichnis aufgeführt sind.

Bei Streit über Aufnahme in das Verzeichnis entscheidet der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 22

Bei nicht rechtzeitiger Lieferung können die Kommunalverbände Getreide und Erzeugnisse daraus bis zur Höhe der zu liefernden Menge enteignen. Auf Antrag der Reichsgetreidestelle, der obersten Landesbehörde oder der von dieser bestimmten Stelle sind sie dazu verpflichtet. Das Eigentum geht auf den Kommunalverband über, sobald die Anordnung über die Enteignung dem Besitzer zugeht.

Für das enteignete Getreide ist ein Übernahmepreis zu zahlen in Höhe der Hälfte des Umlagepreises.

Enteignete Vorräte können vom Kommunalverbande zwangsweise ausgedroschen und abgeholt werden.

Der Kommunalverband kann schon vor der Enteignung Maßnahmen zur Sicherstellung des Getreides treffen; diese Maßnahmen können auch vor Ablauf der Lieferfristen getroffen werden, soweit die Gefahr begründet erscheint, daß der Erzeuger seiner Verpflichtung nicht rechtzeitig nachkommt. Die Vorschrift im Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 23

Die Kommunalverbände haben ihrem Lande für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide Ersatz nach Maßgabe des § 26 zu leisten.

Die nach Abs. 1 geschuldeten Beträge sind binnen zweier Wochen nach Empfang der Zahlungsaufforderung fällig. Gegen die Festsetzung kann binnen zweier Wochen nach Empfang die Entscheidung der von der obersten Landesbehörde bestimmten Stelle angerufen werden. Die obersten Landesbehörden treffen die näheren Bestimmungen.

Die Haftung der Kommunalverbände erlischt, soweit sie nachweisen, daß Erzeuger gemäß § 19 von der Haftung oder gemäß § 20 von der Verpflichtung zur Lieferung freigeworden sind oder daß der Geldbetrag nach § 18 Abs. 3 nicht beigetrieben werden konnte.

§ 24

Die Länder haften dem Reiche für die rechtzeitige Lieferung der von ihnen aufzubringenden Umlage. Sie haben an die Reichskasse für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide Ersatz nach Maßgabe des § 26 zu leisten.

Die nach Abs. 1 geschuldeten Beträge sind binnen zweier Wochen nach Empfang der Zahlungsaufforderung fällig. Gegen die Festsetzung kann binnen zweier Wochen nach Empfang die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts angerufen werden. Dieses entscheidet über den Antrag sowie über alle sonstigen auf die Zahlungsverpflichtung bezüglichen Streitigkeiten endgültig. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Reichsminister der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen.

§ 23 Abs. 3 und § 32 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 25

Das Reich ist berechtigt, mit seinen Ansprüchen aus den §§ 24 und 26 die Ansprüche aufzurechnen, die den Ländern auf Grund der Vorschriften des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) gegen das Reich zustehen.

Die Länder sind berechtigt, mit ihren Ansprüchen aus den §§ 23 und 26 die Ansprüche aufzurechnen, die den Kommunalverbänden oder den Gemeinden an dem Ertrage von Reichsteuern oder Landessteuern gegen die Länder zustehen.

§ 26

Als Ersatz im Sinne der §§ 18, 23, 24 gilt der Betrag, der dem Unterschiede

zwischen dem Umlagepreise für Weizen und dem Preise für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlags von einem Viertel des letztgenannten Preises entspricht. Maßgebend für die Berechnung ist der Umlagepreis, der für den Erzeugungsort, den Kommunalverband oder das Land gilt; kommen hiernach mehrere Preise in Betracht, so ist der höchste maßgebend. Als Preis für ausländischen Weizen ist der Preis zugrunde zu legen, den die Reichsgetreidestelle für den Liefermonat nach näherer Bestimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund der Weltmarktpreise für Weizen im Vormonat bekanntgibt.

§ 27

Die Kommunalverbände haben der Reichsgetreidestelle auf Erfordern Auskunft zu erteilen und ihren Anweisungen über Lagerung und Lieferung Folge zu leisten.

§ 28

Die Kommunalverbände erhalten für ihre Tätigkeit von der Reichsgetreidestelle gemäß den von ihr mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Grundsätzen eine Vergütung.

§ 29

Die obersten Landesbehörden bestimmen, in welchem Umfang die Gemeinden bei der Aufbringung mitzuwirken haben. Sie können bestimmen, daß die Erzeuger außer den Kommunalverbänden auch den Gemeinden und daß die Gemeinden den Kommunalverbänden und dem Lande haften. Auf die Haftung der Erzeuger gegenüber den Gemeinden finden die Vorschriften der §§ 18 bis 20, 26, auf die Haftung der Gemeinden die der §§ 23, 25, 26 entsprechende Anwendung; § 46 Abs. 2 Satz 2 gilt für die Gemeinden entsprechend.

§ 30

Über Streitigkeiten, die sich aus der Aufbringung der Umlage zwischen den Erzeugern und den Kommunalverbänden sowie zwischen den Erzeugern und den Gemeinden oder aus der Anwendung des § 16 ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig; sie hat in den Fällen, in denen der Erzeuger sich auf die Befreiung von der Haftung (§ 19) oder von der Verpflichtung zur Lieferung (§ 20) beruft, den nach § 4 Abs. 4 zu bildenden Ausschuß zu hören. Sie bestimmt, wer die Kosten, in den Fällen des § 22 einschließlich der Kosten der Enteignung, zu tragen hat.

IV. Verbrauchsregelung.

§ 31

Die Kommunalverbände haben nach näherer Bestimmung der Reichsgetreidestelle,

erstmalig bis zum 1. Juli 1922, dieser die Zahl der versorgungsberechtigten Bevölkerung mitzuteilen.

Versorgungsberechtigt sind nicht die Selbstversorger. Als Selbstversorger gelten der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebs, die Angehörigen seiner Wirtschaft, Naturalberechtigte, soweit sie als Lohn- oder Leibgedinge (Altenteil, Auszug, Ausgedinge, Leibzucht) Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu beanspruchen haben, ferner alle im landwirtschaftlichen Betriebe ganz oder überwiegend beschäftigten Personen während der Dauer der Beschäftigung sowie deren Angehörige, soweit sie mit ihnen im gleichen Haushalt leben und nicht in anderen Betrieben beschäftigt sind. Als Selbstversorger gelten auch solche Geistlichen und Lehrer, die einen wesentlichen Teil ihres Dienst Einkommens als einen Teil des Pachtzinses vom Pächter aus der Verpachtung von Kirchen- und Schulländereien geliefert erhalten. Das in Frage kommende Brotgetreide ist dem Pächter auf die Umlage anzurechnen. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können nähere Bestimmungen darüber erlassen, wer als Selbstversorger anzusehen ist.

Versorgungsberechtigt sind ferner nicht Personen, bei denen nach ihren eigenen oder nach den Einkommensverhältnissen dessen, der ihnen Unterhalt im gemeinsamen Haushalt zu gewähren hat, ein Bedürfnis, Brot im Wege der öffentlichen Versorgung zu erhalten, nicht anerkannt werden kann. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats die näheren Bestimmungen.

§ 32

Jeder Kommunalverband hat der Reichsgetreidestelle bis zum 15. Juli 1922 zu erklären, ob er seinen Bedarfsanteil (§ 10 Abs. 1 d) in Getreide oder in Mehl zugewiesen erhalten will.

Kommunalverbände, welche die Zuweisung von Getreide gewählt haben, haben ihre Verträge mit Mühlen oder Mühlenvereinigungen nach den von der Reichsgetreidestelle aufgestellten Grundsätzen schriftlich abzuschließen und dieser auf Verlangen vorzulegen. Verträge, die ohne vorherige Zustimmung der Reichsgetreidestelle von den Grundsätzen abweichen, sind nichtig.

Die Reichsgetreidestelle kann einen Kommunalverband, anstatt ihn mit Getreide oder Mehl zu beliefern, zur Deckung seines Bedarfsanteils auf die von ihm aufzubringende Umlage verweisen. Insoweit wird der Kommunalverband von der Haftung nach § 23 frei. Der Kommunalverband hat, soweit er auf die Umlage verwiesen wird, der Reichsgetreidestelle den Unterschied zwischen dem für Weizen geltenden Umlagepreise seines Bezirkes und dem Preise zu zahlen, zu dem die Reichsgetreidestelle Weizen liefert. Zerfällt der Bezirk in mehrere Preisgebiete, so ist der durchschnittliche Umlagepreis maßgebend. Wird der Preis, zu dem die Reichsgetreide-

stelle Weizen liefert, nachträglich geändert, so ändert sich der von dem Kommunalverbande zu zahlende Unterschiedsbetrag für die in der Geltungszeit des geänderten Preises zu verbrauchenden Getreidemengen entsprechend. Abs. 2 findet Anwendung.

Die Kommunalverbände des Abs. 2 und 3 sind selbstwirtschaftende Kommunalverbände.

§ 33

Die Reichsgetreidestelle hat einem selbstwirtschaftenden Kommunalverband auf Verlangen in Fällen dringenden Bedürfnisses nach ihren Geschäftsbedingungen vorübergehend Mehl zu liefern; die entsprechenden Mengen sind sobald wie möglich zuzuliefern, und zwar nach Wahl der Reichsgetreidestelle in Getreide oder in Mehl.

§ 34

Die Mühlen, die gewerbmäßig Getreide verarbeiten, haben das Getreide zu verarbeiten, daß die Reichsgetreidestelle oder der selbstwirtschaftende Kommunalverband, in dessen Bezirk sie liegen, ihnen zuweist. Sie haben das ihnen von diesen Stellen zugewiesene Getreide und die daraus hergestellten Erzeugnisse zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Weigert sich eine Mühle, die Verarbeitungspflicht zu erfüllen, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten und mit Mitteln der Mühle durch einen Dritten vornehmen lassen.

Die Reichsgetreidestelle kann Mahl- und sonstige Verarbeitungslöhne sowie Vergütungen für die Verwahrung und Behandlung festsetzen. Die Festsetzung von Löhnen ist auch für die Fälle zulässig, für die eine Pflicht zur Verarbeitung nicht besteht. Soweit die Reichsgetreidestelle keine Löhne oder Vergütungen festgesetzt hat, können die höheren Verwaltungsbehörden dies tun.

Für die Verarbeitung von Mehl in Bäckereien gelten Abs. 1 und 2 entsprechend.

§ 35

Das zur planmäßigen Versorgung bestimmte Getreide und Mehl ist ausschließlich zur Verteilung an die versorgungsberechtigte Bevölkerung zu verwenden. Die Kommunalverbände haben den Verbrauch dieses Getreides und Mehles zu regeln. Dabei darf insgesamt nicht mehr Mehl abgegeben werden, als nach der von der Reichsgetreidestelle anerkannten Zahl der versorgungsberechtigten Bevölkerung und der gemäß § 10 Abs. 1 Buchstabe a festgesetzten Mehlmenge zulässig ist.

Die Kommunalverbände haben insbesondere

- a) Höchstpreise für die Abgabe des von ihnen gelieferten Mehles und des daraus hergestellten Brotes an Verbraucher festzusetzen; diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise;
- b) eine behördlich geleitete Mehlmittelverteilungsstelle für ihren Bezirk einzurichten;

- c) durch Ausgabe von Brottarten oder durch Kundenlisten eine Verbrauchsregelung einzuführen, insbesondere Vorsorge dafür zu treffen, daß nicht-versorgungsberechtigte Personen (§ 31 Abs. 2, 3) von der Versorgung ausgeschlossen bleiben;
- d) den Preis für das von ihnen abgegebene Mehl so festzusetzen, daß nur ihre Kosten gedeckt werden; sind trotzdem Überschüsse erzielt worden, so ist der Mehlpriß entsprechend herunterzusetzen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Grundsätze für die Preisbemessung aufstellen.

Die Kommunalverbände können, vorbehaltlich der Vorschrift im Satz 2, insbesondere anordnen, daß aus dem von ihnen gelieferten Mehl nur Backwaren von bestimmter Form, Zusammensetzung, Größe und Gewicht bereitet werden dürfen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Vorschriften über die Zusammensetzung des von den Kommunalverbänden abzugebenden Brotes erlassen.

Bei der Mehlerteilung sind Bäcker-Groß- und Kleinbetriebe hinsichtlich der ihnen zu berechnenden Mehlpriße gleich zu behandeln.

§ 36

Zur Durchführung ihrer Aufgaben bei der Verbrauchsregelung haben die Kommunalverbände besondere Ausschüsse zu bilden, in denen Verbraucher und die beteiligten Gewerbe vertreten sind.

§ 37

Die Beamten der Polizei und die von der Reichsgetreidestelle, von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen, von den Kommunalverbänden oder von der Polizeibehörde beauftragten Personen sind befugt, bei Betrieben, in denen von der Umlage erfaßtes Getreide oder Erzeugnisse daraus aufbewahrt, verarbeitet oder feilgehalten werden, in die Räume, in denen Getreide, Mehl oder Erzeugnisse daraus verarbeitet werden, jederzeit in die Räume, in denen Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse aufbewahrt, feilgehalten oder verpackt oder die Geschäftsbücher verwahrt werden oder in denen Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu vermuten sind, während der Geschäfts- oder Arbeitszeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen, die vorhandenen Borräte festzustellen und nach ihrer Auswahl Proben gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Die Eigentümer der Borräte und die Besitzer der Räume sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben den nach Abs. 1 zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern die Borräte sowie deren Herkunft, insbesondere bei Erwerb von Dritten den Veräußerer nach Namen und Wohnung, und den Kaufpreis anzugeben und Auskunft über die Betriebsverhältnisse zu erteilen. Sie

haben den zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern bei der Feststellung der Vorräte Hilfe zu leisten. Wird die Hilfeleistung verweigert, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Verpflichteten durch Dritte vornehmen lassen. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sowie deren Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben insbesondere auf Erfordern Auskunft über Namen und Aufenthalt der Selbstverjorger zu geben.

§ 38

Die von der Reichsgetreidestelle oder von der Polizeibehörde beauftragten Personen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Geschwirigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Aufsicht zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zu enthalten.

§ 39

Hat sich der Inhaber oder Leiter eines kaufmännischen oder gewerblichen Betriebs in der Befolgung von Pflichten unzuverlässig erwiesen, die ihm durch dieses Gesetz oder die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt sind, so kann die zuständige Behörde den Betrieb schließen.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Über die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 40

Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten höheren Verwaltungsbehörden haben den Geschäftsbetrieb der Kommunalverbände zu beaufsichtigen und können die Art der Verbrauchsregelung vorschreiben oder selbst für sämtliche oder einzelne Kommunalverbände die erforderlichen Anordnungen erlassen oder eine einheitliche Regelung für das ganze Land treffen. Sie können Bestimmungen über das Verfahren beim Erlasse der Anordnungen über die Verbrauchsregelung treffen.

Der Reichsgetreidestelle ist auf Erfordern Aufklärung über den Geschäftsbetrieb zu geben und dessen Nachprüfung zu gestatten.

Die Reichsgetreidestelle kann für die Versorgung bestimmter Berufe oder bestimmter Gruppen von Personen besondere Regelungen vorschreiben.

§ 41

Die Kommunalverbände können den Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als zehntausend Einwohner hatten, mit deren Einverständnis die Regelung des Verbrauchs für den Bezirk der Gemeinde übertragen. Soweit den Gemeinden die Regelung des Verbrauchs übertragen wird, gelten die Vorschriften dieses Abschnitts für die Gemeinden entsprechend.

§ 42

Aber Streitigkeiten, die bei der Verbrauchsregelung entstehen, einschließlich der Streitigkeiten über die Höhe des Preises für abgegebenes Mehl zwischen den Kommunalverbänden einerseits und Bäckern, Händlern und sonstigen Abnehmern anderseits entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

V. Schlussvorschriften

§ 43

Ausfuhrverbote, Ausfuhrbeschränkungen und sonstige Absatzbeschränkungen für den Verkehr mit Brotgetreide, Gerste und Hafer sowie daraus hergestellten Erzeugnissen innerhalb des Reichsgebiets sind ungültig, soweit sie nicht vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet oder vor Erlass ausdrücklich genehmigt worden sind.

§ 44

Brotgetreide, auch gequetscht, geschrotet oder sonst zerkleinert, sowie Mehl aus Brotgetreide darf nicht verfüttert oder zur Bereitung von Futtermitteln verwendet werden. Die Reichsgetreidestelle und die von den obersten Landesbehörden bestimmten Stellen können für Brotgetreide und Mehl, die zur menschlichen Ernährung nicht geeignet sind, Ausnahmen zulassen.

§ 45

Brotgetreide und Hafer sowie Erzeugnisse aus Getreide dürfen nicht auf Branntwein verarbeitet werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Ausnahmen zulassen; er bestimmt, inwieweit Gerste auf Branntwein verarbeitet werden darf. Er kann eine von ihm bezeichnete Stelle mit der Ausübung der ihm nach Satz 2 zustehenden Befugnisse betrauen.

§ 46

Die obersten Landesbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Sie können Vermittlungsstellen einrichten, denen die Unterverteilung und die Bedarfsregelung in ihrem Bezirk obliegt. In diesem Falle sind die Kommunalverbände auf Anordnung der obersten Landesbehörde verpflichtet, zur Deckung der Verwaltungskosten der Vermittlungsstelle einen entsprechenden Teil der ihnen von der Reichsgetreidestelle gemäß § 28 zufließenden Vergütung an die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle abzuführen.

§ 47

Die obersten Landesbehörden bestimmen, wer als Kommunalverband, als Gemeinde, als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieses Gesetzes anzusehen ist. Sie können bestimmen, daß die den Kommunalverbänden oder den Gemeinden übertragenen Aufgaben durch deren Vorstand wahrgenommen werden.

Will die oberste Landesbehörde Bezirke, die sich über das Gebiet einer unteren Verwaltungsbehörde hinaus erstrecken, als Kommunalverband bezeichnen, so hat sie dies der Reichsgetreidestelle mitzuteilen. Diese kann binnen zweier Wochen Einspruch erheben. Über den Einspruch entscheidet der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

§ 48

Die Kommunalverbände haben nach näherer Anordnung der Reichsgetreidestelle ihr bis zum 1. September 1922 die mit dem Beginne des 16. August für die planmäßige Versorgung vorhandenen Vorräte an Getreide und Mehl anzuzeigen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Übergangsbestimmungen für den Verkehr mit Brotgetreide, Gerste und Hafer aus der Ernte 1921 sowie mit Erzeugnissen daraus treffen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihm getroffenen Bestimmungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden und daß neben der Strafe auf Einziehung der Vorräte erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht; in diesem Falle finden die Vorschriften des § 49 Abs. 4, 5 Anwendung.

§ 49

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist,

1. wer die von ihm nach § 5 Satz 2 erforderliche Auskunft nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,
2. wer den Vorschriften im § 34 Abs. 1, 3 zuwiderhandelt oder wer höhere als die festgesetzten Mahllöhne und sonstigen Verarbeitungslöhne oder Vergütungen (§ 34 Abs. 2, 3) fordert oder sich versprechen oder gewähren läßt,
3. wer, ohne versorgungsberechtigt zu sein (§ 31 Abs. 2, 3), die Versorgung in Anspruch nimmt oder den von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu § 31 Abs. 3 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt,
4. wer den Vorschriften im § 37 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung, die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen, die Feststellung der

vorhandenen Borräte, die Hilfeleistung bei dieser Feststellung, die Entnahme von Proben verweigert oder wer die gemäß § 37 Abs. 2 von ihm erforderliche Auskunft nicht erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

5. wer der Vorschrift im § 38 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält,
6. wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, eine oberste Landesbehörde, eine höhere Verwaltungsbehörde, ein Kommunalverband oder eine Gemeinde auf Grund des § 22 Abs. 3 Satz 2, §§ 35, 40, 41 und 46 Abs. 1 erläßt,
7. wer der Vorschrift im § 44 zuwider Brotgetreide oder Mehl daraus verfüttert,
8. wer der Vorschrift im § 44 zuwider Brotgetreide oder Mehl daraus zur Bereitung von Futtermitteln verwendet,
9. wer der Vorschrift im § 45 zuwider Brotgetreide, Hafer oder Erzeugnisse aus Getreide oder den Bestimmungen des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft oder der von ihm bezeichneten Stelle zuwider Gerste auf Branntwein verarbeitet.

Im Falle der Nr. 5 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Betriebsinhabers ein.

Neben der Strafe kann in den Fällen der Nr. 6, 8 und 9 auf Einziehung der Borräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Vorschriften der Verordnung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen vom 18. Januar 1917 (Reichsgesetzbl. S. 58) und der Verordnung, betreffend einige die Kriegsverordnungen ergänzende Vorschriften über Einziehung und über Veräußerung beschlagnahmter Gegenstände vom 22. März 1917 (Reichsgesetzbl. S. 255) finden entsprechende Anwendung.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von Getreide oder daraus hergestellten Erzeugnissen einschließlich Backwaren eine rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Diese sind zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzuziehen.

§ 50

Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen 6 900 Mark, für Weizen 7 400 Mark, für Gerste 6 700 Mark, für Hafer 6 600 Mark je Tonne.

Für das zweite und das dritte Drittel der Umlage setzt die Reichsregierung

die Preise auf der Grundlage der im Abs. 1 festgesetzten Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest. Der Ausschuß besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen je fünf von dem Ausschuß des Reichsrats für Volkswirtschaft und dem Ausschuß des Reichstags für Volkswirtschaft zu wählen, fünf aus den Kreisen der Landwirtschaft und fünf aus den Kreisen der Verbraucher von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu berufen sind.

Werden die Preise für das zweite und das dritte Drittel der Umlage erhöht, so ist für die auf das zweite oder dritte Drittel vor der Erhöhung der Preise gelieferten Mengen der Unterschied zwischen dem neuen und dem gezahlten Preise nachzuzahlen.

§ 51

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften über die Verwertung der aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide anfallenden Kleie. Die aus dem Umlagegetreide anfallende Kleie ist durch Vermittlung des Kommunalverbandes den Lieferanten des Getreides anteilmäßig zu einem in angemessenem Verhältnis zum Umlagegetreide stehenden Preise anzubieten.

§ 52

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann Ausnahmen von diesem Gesetze zulassen.

§ 53

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Ausführungsanweisung

zum Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922
vom 4. Juli 1922 (Reichs-Gesetzbl. I S. 537/549.)

Gemäß § 46 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (Reichs-Gesetzbl. I S. 537/549 ff.) wird zu dessen Ausführung hiermit folgendes bestimmt:

Zu 1. Umlage

wird auf die Verordnung, betreffend Verteilung der Getreideumlage 1922 vom 11. Juli 1922 (Staatsanzeiger S. 337) verwiesen.

Zu II. Reichsgetreidestelle.

Die Verteilung der Geschäfte zwischen der Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung ergibt sich aus den §§ 8 bis 12. Hierauf ist im Schriftverkehr Rücksicht zu nehmen.

Zu III. Aufbringung der Umlage.

Die Umlage ist in Lippe durch die Landesgetreidestelle aufzubringen. Alle durch das Reichsgesetz vom 4. Juli 1922 in diesem Abschnitt den Kommunalverbänden übertragenen Rechte und Pflichten werden im hiesigen Lande von der Landesgetreidestelle ausgeübt.

Zu § 14.

Die Anträge auf Fristverlängerungen sind durch die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung bei dem Direktorium der Reichsgetreidestelle einzureichen. Auf ihre Genehmigung ist nur zu rechnen, wenn besondere Umstände eine rechtzeitige Lieferung der Umlage zu dem festgesetzten Termin ausschließen. Durch Stellung des Antrags wird die Haftung nach § 22 nicht berührt.

Zu § 15.

Zu Absatz 1. Für die Einrichtung der kaufmännischen Geschäftsstellen, die jeder Kommunalverband zu unterhalten hat, ist im hiesigen Lande die Verordnung über die Errichtung einer Landesgetreidestelle vom 12. Juli 1921 (Staatsanzeiger S. 369) maßgebend.

Zum Erwerbe des Umlagegetreides sollen Händler und landwirtschaftliche Genossenschaften in der bisher üblichen Weise nach Bedarf herangezogen werden. Den Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften sind Unternehmer von Mühlen sowie Mühlenvereinigungen gleichzustellen. Berufskreise und Organisationen anderer Art sollen bei der Aufbringung der Umlage nicht beteiligt werden.

Zu Absatz 2. Die den Erzeugern von der Landesgetreidestelle zu setzenden Lieferfristen sind derart zu wählen, daß der Landesgetreidestelle für den Fall der Nichtlieferung die Möglichkeit verbleibt, die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Erfüllung des Umlagesolls zu treffen. Es wird besonders auf den § 22 verwiesen, der der Landesgetreidestelle die Befugnis zur Vornahme von Enteignungen gewährt.

Wird das Land auf die Umlage verwiesen (§ 32 Absatz 2), so sind die Lieferfristen derart zu setzen, daß die Mehl- und Brotversorgung nicht gefährdet wird.

Zu § 17.

Die Landesgetreidestelle hat die von ihr für die Lieferungen der Erzeuger festzusetzenden Bedingungen nach Maßgabe der Geschäftsbedingungen, die die Reichsgetreidestelle für die an sie zu bewirkenden Lieferungen festsetzt, aufzustellen. Die Geschäftsbedingungen der Reichsgetreidestelle werden durch ein Rundschreiben bekannt gegeben.

Zu § 18.

In allen Fällen, in denen die Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung die Haftpflicht der Erzeuger gemäß § 19 für erloschen erachtet, ist die Entscheidung der Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung herbeizuführen.

Die Beitreibung der Geldbeträge erfolgt auf Grund des Landesgesetzes über das Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung von Geldbeträgen vom 30. Juni 1922 (Gesetz-Sammlung S. 752).

Zu § 19.

Die Vorschriften unter Ziffer 1 u. 2 beruhen auf der Erwägung, daß in erster Linie die Erfassung des Getreides in natura anzustreben ist.

Die nach Ziffer 3 eintretende Befreiung von der Haftung ist auf Notfälle, wie Zerstörung durch Brand, Überschwemmung und dergl. beschränkt. Ereignisse, die schon vor der Festsetzung des Liefersolls eingetreten sind, können nicht berücksichtigt werden; insbesondere kann das Erlöschen der Haftpflicht nicht damit begründet werden, daß die Umlage für den einzelnen Besitzer zu hoch festgesetzt worden ist. Ein solcher Einwand kann nur im Beschwerdeverfahren gemäß § 4 des Reichsgesetzes in Verbindung mit § 9 der Verordnung vom 11. Juli 1922 (Staatsanzeiger S. 337) innerhalb der dort vorgesehenen Frist vorgebracht werden; es sei denn, daß der Lieferungspflichtige nachweist, daß die die Befreiung begründenden Umstände bei der Unterverteilung noch nicht berücksichtigt worden sind.

Zu §§ 20 u. 21.

Bei der Umlage sind die Saatgutwirtschaften im gleichen Ausmaße wie die sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe heranzuziehen. Nur die Züchter von Originalsaatgut können sich von der Lieferpflicht durch Zahlung des gemäß § 20 Absatz 1 festzusetzenden Betrages befreien (Saatgutablösung), soweit sie nicht veranlaßt werden, ihr Soll durch Ankauf und Lieferung von Getreide aus dem freien Markte zu erfüllen. Die Züchter von Absaaten werden von dieser Vergünstigung nicht betroffen.

Zu § 22.

Da die Erfassung des Getreides in natura zu erstreben ist (siehe Ausführungsanweisung zu § 19), hat die Landesgetreidestelle von der Enteignung und insbesondere von der im Absatz 3 gegebenen Befugnis des zwangsweisen Ausdrusches als wirksame Mitteln zur Ausbringung der Umlage in geeigneten Fällen Gebrauch zu machen.

Zu § 23.

Auf die Ausführungsanweisung zu § 29 wird verwiesen. Anstelle der Kommunalverbände treten demnach die Gemeinden (Stadt- und Dorfgemeinden). Diesen steht gegenüber den Festsetzungen der Landesgetreidestelle das Beschwerderecht beim Landespräsidium zu. Die Beschwerde ist in der vorgeschriebenen Frist bei der Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung einzureichen, welche sie mit ihrer Äußerung dem Landespräsidium zur Entscheidung weiterzuleiten hat.

Zu § 26.

Der Preis für ausländischen Weizen wird im Reichsanzeiger bekanntgegeben.

Zu § 29.

Die Gemeinden des Landes haben der Landesgetreidestelle jede für die Ausbringung der Umlage erforderliche Hilfe zu leisten. Dazu gehört in erster Linie eine zur Durchführung des Gesetzes erforderliche Auskunftserteilung, die Herstellung, Führung und Übermittlung von Listen, Zustellung von Mitteilungen und Aufforderungen an die Erzeuger sowie eine im Zuständigkeitsbereich der Gemeindebehörden liegende Mitwirkung und Hülfeleistung bei Durchführung der Bestimmungen in §§ 16 u. 22 des Reichsgesetzes.

Auf Grund des § 29 Satz 2 wird bestimmt, daß die Erzeuger unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der §§ 18 bis 20, 26 den Gemeinden und diese unter ent-

sprechender Anwendung der Vorschriften der §§ 23, 25, 26 dem Lande, vertreten durch die Landesgetreidestelle, haften.

Zu § 30.

Die den Erzeugern gegebene Beschwerde ist innerhalb 2 Wochen nach Zustellung der Entscheidung der Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung bei dieser einzulegen; letztere hat die Beschwerde mit ihrer Äußerung an die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung zur Entscheidung weiterzureichen.

Zu IV. Verbrauchsregelung.

Das im Eingang der Ausführungsanweisung zu Abschnitt III (Aufbringung der Umlage) allgemein Gesagte gilt auch für diesen Abschnitt sinngemäß.

Zu § 31.

Versorgungsberechtigt ist jeder, der nicht Selbstversorger ist. Die bisherigen Bestimmungen bleiben aufrecht erhalten. Über den Kreis derjenigen, die infolge höheren Einkommens aus der Brotversorgung ausscheiden, ergehen noch nähere Bestimmungen.

Es ist nicht angängig, das selbstgebaute Getreide frei zu veräußern und dafür sich auf Brotkarte versorgen zu lassen. Wer einmal als Selbstversorger eingetragen ist, kann im Laufe des Wirtschaftsjahres, solange er in seinem bisherigen Verhältnis zu einem landwirtschaftlichen Betrieb bleibt, Versorgung auf Brotkarten nicht verlangen. Betriebsinhaber, welche nicht genügend Getreide ernten, um alle Betriebsangehörige das ganze Jahr zu ernähren, können daher nur soviel Personen als Selbstversorger angeben, als sie das ganze Wirtschaftsjahr aus den eigenen Vorräten ernähren können.

Zu § 33.

Die Erfüllung der im § 33 der Reichsgetreidestelle auferlegten Verpflichtungen kann von der selbstwirtschaftenden Landesgetreidestelle nur nach Maßgabe der von der Reichsgetreidestelle-Geschäftsabteilung dafür aufgestellten besonderen Geschäftsbedingungen verlangt werden.

Zu § 34.

Zu Absatz 1 Satz 3. Zuständige Behörde ist die Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung.
Zu Absatz 2. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung.

Zu § 35.

Die Vorschriften beziehen sich, wie die der ganzen Verbrauchsregelung nur auf das Umlagegetreide und die etwa von der Reichsgetreidestelle der Landesgetreidestelle für die Brotversorgung zugewiesenen Getreide- und Mehlmengen.

Zu Absatz 2 Buchstabe c. Die Ausführungsanweisung im 1. Absatz zu § 29 hinsichtlich der Mitwirkung der Gemeinden gilt sinngemäß. Hier kommt insbesondere die ordnungsmäßige Verteilung der Brotkarten innerhalb des Gemeindebezirks in Betracht, einschließlich der dazu gehörigen Listenführung, sowie die zur Feststellung der zum Bezug von Brotkarten berechtigten versorgungsberechtigten Personen unter besonderer Berücksichtigung des § 31 Absatz 3.

Zu Absatz 2 Buchstabe d. Bei der Preisfestsetzung für das Mehl ist davon auszugehen, daß die Mehlerverteilung der Bevölkerung nach Möglichkeit billiges Brot gewährleisten soll.

und bei der Abgabe des Mehles nur der Selbstkosten-Einstandspreis und Nebenkosten (Sackleihgeld, Lagerkosten, Zinsen, allgemeine Geschäftsunkosten der Landesgetreidestelle usw.) gedeckt werden.

Zu Absatz 3. Die Verwendung von Streckungsmitteln für die Herstellung von Gebäck, daß der Verbrauchsregelung unterliegt, ist nur mit Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zulässig.

Zu § 36.

Der Ausschuß ist von der Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung im Einvernehmen mit dem Landespräsidium zu berufen und unter deren Leitung tätig. Dem Landespräsidium ist stets Gelegenheit zur Teilnahme an den Beratungen zu geben.

Als beteiligte Gewerbe kommen in Betracht Betriebe zur Herstellung von Brot- und Backwaren sowie Mehlschlundungen

Bei Auswahl von Vertretern des Bäckerei- und Konditorgewerbes sind die auf Grund der Verordnung vom 2. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1397) gebildeten Fachauschüsse zu hören. Die Bestimmung des ersten Satzes des § 4 der letztgenannten Verordnung bleibt unberührt.

Zu § 39

Zuständig für die Schließung des Betriebes ist nach Anhörung der Ortspolizeibehörde die Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung.

Beschwerdeinstanz ist die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung.

Zu § 42.

Zu Streitigkeiten, die bei der Verbrauchsregelung entstehen, gehören auch die die Preisfestsetzung und Bezahlung abgegebenen Mehles betreffenden Streitigkeiten zwischen der Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung einerseits und Bäckern, Händlern usw. andererseits

Die Entscheidung in Beschwerdesachen ergeht durch die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung.

Zu V. Schlußvorschriften.

Zu § 44.

Als Stellen, die außer der Reichsgetreidestelle Ausnahmen von dem Verbote der Verfütterung usw. von solchem Brotgetreide und Mehl, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist, zulassen können, werden die Ortspolizeibehörden bestimmt. Etwaigen Wünschen der vorher zu hörenden Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung ist Rechnung zu tragen.

Zu § 46

Die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung führt die Aufsicht über die Durchführung des Reichsgesetzes vom 4 Juli 1922 und der zu seiner Ausführung ergehenden Vorschriften innerhalb des hiesigen Landes.

Zu § 47.

Auf die Verordnung über die Errichtung einer Landesgetreidestelle vom 12. Juli 1921 (St. Anz. S. 369) wird verwiesen.

Soweit die höhere Verwaltungsbehörde bei den einzelnen Paragraphen nicht bestimmt ist, gilt als solche die Landesgetreidestelle-Verwaltungsabteilung. Gemeinden sind die Stadt- und Dorfgemeinden des Landes.

Die Zulassung von Ausnahmen von dieser Ausführungsanweisung bleibt vorbehalten.

Detmold, den 5. August 1922.

Lippisches Landespräsidium.

Drake Neumann-Hofer Schmud

Anordnung

über Abgabe und Entnahme von Mehl und Brot aus Umlagegetreide.

Aufgrund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (Reichs-Gesetzblatt S. 537, 549) und der Ausführungsanweisung des Lippischen Landespräsidiums vom 5. August 1922 (Nr. 67 des Lippischen Staatsanzeigers vom 9. August 1922) in Verbindung mit § 6, Absatz 1 b der Verordnung des Lippischen Landespräsidiums vom 12. Juli 1921 (Staatsanzeiger S. 369) wird mit Zustimmung der Verwaltungsabteilung der Landesgetreidestelle nachstehende Anordnung für den Bereich des Landes Lippe erlassen:

1. Die Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl, welches aus Umlagegetreide hergestellt ist, erfolgt nur aufgrund von Brotkarten und Krankenbrotkarten, die von der Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung ausgegeben werden. Diese Karten dürfen nur an Versorgungsberechtigte abgegeben werden.

2. Versorgungsberechtigt ist nur, wer nicht Selbstversorger aus Brotgetreide ist.

Bei Haushaltungen, deren Ernteertrag zur vollen Selbstversorgung nicht ausreicht, ist der Ernteertrag so zu verrechnen, daß nach Maßgabe des Ernteertrags an Brotgetreide einzelne Familienangehörige für das ganze Jahr Vollselbstversorger sind, während die übrigen von Anfang an Brotkarten erhalten. Für jeden Selbstversorger sind 150 Kilogramm Brotgetreide jährlich zu rechnen, wobei Ernteerträge unter $1\frac{1}{2}$ Zentner außer Ansatz bleiben.

3. An die Versorgungsberechtigten erfolgt die Ausgabe der Brot-, Krankenbrot- und Brotzusatzkarten durch die Gemeindevorstände bzw. die von diesen zu bestimmenden Stellen und nach den darüber etwa zu erlassenden besonderen Bestimmungen.

4. Die Versorgungsberechtigten werden von den Ausgabestellen nach Haushaltungen getrennt in Brotkartenlisten eingetragen. Die Brotkartenlisten sind ständig auf dem Laufenden zu halten. Jedem Haushaltungsvorstand werden für je 4 Wochen soviel Brotkarten zugeteilt, wie die Haushaltung versorgungsberechtigte Mitglieder hat.

5. Öffentliche und private Kranken- und Pflegeanstalten, Erziehungshäuser und ähnliche Anstalten werden als Haushalte behandelt und erhalten für jeden Inassen für je 4 Wochen eine Brotkarte. Beim Ausscheiden eines Inassen, das durch einen Zugang ausgeglichen wird, kann die für den Ausgeschiedenen entfallende Karte für den Zugang weiter benutzt werden.

6. Die Brotkarten gelten unbeschränkt in allen Orten des Landes Lippe. Der Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, den von ihm unterhaltenen Haushaltungsmitgliedern auf deren Verlangen die Brotkarte auszuhandigen. Er ist ferner verpflichtet, der Ausgabe stelle die unbenutzten Brotkarten oder Marken zurückzugeben und Personalveränderungen in der Haushaltung sofort der Ausgabe stelle mitzuteilen. Personen, die nach obigen Bestimmungen als Mitglieder einer Haushaltung eine Brotkarte bezogen haben, haben sie beim Verlassen des Landes Lippe der Kartenausgabe stelle zurückzugeben.

7. Die Brotkarten und ihre Abschnitte sind nicht übertragbar. Auf Brotkarten darf Mehl oder Brot aus Umlagegetreide nur bei Vorzeigung derselben mit dem Erneuerungsschein und gegen Abtrennung einer der Abgabemenge entsprechenden Zahl von Marken verabsolgt werden. Die Abtrennung der Marken haben die in Ziffer 12 bezeichneten Gewerbetreibenden selbst vorzunehmen.

Der Erneuerungsschein ist für einen späteren Umtausch aufzubewahren.

8. Jede Brotkarte gilt nur für die in ihrem Ausdruck angegebene Frist. Die Verwendung von Karten von Versorgungsberechtigten und die Annahme derselben von Gewerbetreibenden außerhalb dieser Geltungsfrist ist verboten.

9. Krankenbrotkarten erhalten auf Antrag:

- a) Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre, sowie Personen über 60 Jahre. Das Alter muß nachgewiesen werden;
- b) werdende Mütter für die beiden letzten Monate der Schwangerschaft und Wöchnerinnen für die beiden ersten Monate nach der Geburt des Kindes und zwar in beiden Fällen nur aufgrund einer von dem behandelnden Arzt oder einer lippschen Hebamme auszufüllenden Bescheinigung. Unter besonderen örtlichen Verhältnissen kann auch die Bescheinigung einer nichtlippschen Hebamme von der Ausgabe stelle als ausreichend erachtet werden;
- c) Kranke nach Vorbringung eines von einem praktischen Arzt ausgestellten, beim Gemeindevorsteher abzugebenden Attestes.

Die Ausgabe von Krankenbrotkarten erfolgt nur gegen Rückgabe der Roggenbrotkarte.

10. Im Bereich des Landes Lippe erfolgt der Verkauf von Brot und Mehl aus Umlagegetreide an die Versorgungsberechtigten ausschließlich durch gewerbliche Bäckereien, sowie durch die Nebenstellen des lippschen Konsumvereins und durch die von der Landesgetreidestelle Geschäftsabteilung zugelassenen Mehlverkaufsstellen.

11. Jede zugelassene Brotverkaufsstelle ist verpflichtet, Schwarzbrot, Weißbrot, sowie Mehl aus Umlagegetreide feilzuhalten.

12. Die vereinnahmten Marken sind von den Veräußerern von Brot und Mehl sorgfältig aufzubewahren und zu sammeln. Sie sind wöchentlich bis zum Montag der Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung mit dem vorgeschriebenen Wochenbericht durch „Einschreiben“ oder Wertsendung einzureichen. Zusammenhängende Brotmarken einer Woche sind zu je 50 oder 100 Stück zu bündeln und die einzelnen Päckchen mit der Zahl der eingebündelten Marken mit dem Namen der Bäckerei oder Mehlverkaufsstelle zu bezeichnen. Nicht vollständig eingetauschte Brotmarken einer Woche sind besonders zu bündeln und zu bezeichnen. Die Einsendung der Marken der Krankenbrotkarten hat getrennt von den Brotkarten zu erfolgen.

Für Brotkarten, die nicht als Einschreibe- oder Wertsendung übersandt werden und auf dem Transport bei der Post in Verlust geraten, kann eine Anrechnung nicht erfolgen.

13. Jede Bäckerei und Mehlverkaufsstelle hat über die von der Landesgetreidestelle gelieferten Mehlmengen ein besonderes Buch zu führen, aus dem ersichtlich ist;

a) Mehlbestände am Ende der Woche		kg
b) Zugänge an Mehl im Laufe der Woche		"
c) Abgänge im Laufe der Woche		"
bleibt Schlußbestand		kg

Jede Bäckerei und Mehlverkaufsstelle hat am Schluß einer jeden Woche den tatsächlich vorhandenen Mehlbestand genau festzustellen. Gebäck (Brot und dergl.) ist dabei in Mehl umzurechnen und bei Mehl mit anzugeben.

Der so festgestellte Bestand ist schriftlich bis zum Montag einer jeden Woche der Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung auf dem vorgeschriebenen Vordruck mitzuteilen.

Mehlvorräte aus freiem Getreide, sowie hieraus hergestelltes Gebäck sind in den Betriebsräumen getrennt von den aus Umlagegetreide hergestellten Vorräten aufzubewahren.

14. Brot und Mehl aus Umlagegetreide werden im Bereich der Landesgetreidestelle nur nach Gewicht und nach Einheitspreisen verkauft, die für den Bereich der Landesgetreidestelle gleichmäßig festgesetzt werden und in den Verkaufsräumen in deutlicher Schrift an gut sichtbarer Stelle ausgehängt werden müssen. Die jeweils geltenden Einheitspreise sind für alle Käufer verbindlich.

Als Mehl im Sinne dieser Anordnung gelten:

1. 85% iges Roggenmehl,
2. 80% iges Weizenmehl.

15. Als Brot im Sinne dieser Anordnung gelten:

- a) Roggenbrot,
- b) Weißbrot.

Roggenbrot ist in Stücken von mindestens 1880 und 3760 g herzustellen; Weißbrot in Stücken von 836 und 1672 g.

In je 1880 g Roggenbrot müssen 1400 g Roggenmehl, in je 1672 g Weißbrot 1248 g Weizenmehl enthalten sein.

Das vorgeschriebene Verkaufsgewicht soll 24 Stunden nach der Herstellung vorhanden sein.

Roggenbrot muß mit dem Herstellungsdatum versehen sein und darf erst 24 Stunden nach der Herstellung verkauft werden.

16. Es berechnen

- a) jede Marke der Brotkarte zum Bezuge von 175 g Roggenmehl
oder 235 g Roggenbrot,
- b) jede Marke einer Krankenbrotkarte zum Bezuge von 156 g Weizenmehl
oder 209 g Weißbrot.

17. Für den Verkauf von Mehl und Brot aus Umlagegetreide an und durch die gewerblichen Bäckereien werden folgende Einheitspreise bestimmt:

a) Roggenmehl an Bäckereien		1450,— M
" durch "		1700,— "
b) Weizenmehl an Bäckereien		1650,— "
" durch "		2000,— "
c) für 1880 g Roggenbrot		28,50 "
d) für 1672 g Weißbrot		30,— "

Die Mehlpreise verstehen sich für je 100 kg brutto für netto und gelten vom 13. August 1922 ab.

Die Säcke dürfen nicht mehr als durchschnittlich 750 g wiegen; bei höheren Sackgewichten haben Bäckereien und Mehlverkaufsstellen Anspruch auf unentgeltliche Nachlieferung einer entsprechenden Mehlmenge auf Kosten der liefernden Mühle.

Die Brotpreise gelten vom 13. August 1922 ab.

18. Der Verkauf von Mehl an die in Ziffer 10 genannten Gewerbetreibenden erfolgt nur durch die von der Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung bestellten und ihr verpflichteten Bewirtschaftler.

Die Bäckereien und Mehlverkaufsstellen haben den liefernden Mühlen die Säcke innerhalb 3 Wochen unverkaut und in gutem Zustande zurückzugeben; bei späterer Rückgabe sind als Sackleihgebühr je Tag und Sack 75 Pfg. an die liefernde Mühle zu zahlen.

Mehlsäcke dürfen unter keinen Umständen für andere Zwecke benutzt werden; bei mißbräuchlicher Benutzung ist der Leiter des Bäckereibetriebes oder der Mehlverkaufsstelle den Mühlen für den Schaden haftbar.

19. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach § 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (Reichs-Gesetzblatt S. 537/549) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Auch kann die Schließung der Betriebe angeordnet werden.

Ist eine strafbare Handlung gewerbsmäßig begangen, so kann die Strafe auf Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 1 000 000 M erhöht werden. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von aus Umlagegetreide hergestellten Erzeugnissen, einschließlich Backwaren, eine rechtskräftige, strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Diese werden zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festgesetzt und eingezogen.

20. Diese Anordnung tritt mit dem 13. August 1922 in Kraft; mit dem gleichen Tage wird die Anordnung vom 6. 8. 1921 (Staatsanzeiger S. 403) aufgehoben.

Schloß Brake, den 9. August 1922.

Lippische Landesgetreidestelle-Geschäftsabteilung

Dr. Adermann